







Die  
**Grabmühle bei Bigenburg a. U.**  
nebst **Wiesen und Wäldern** ist durch mich  
**verkauft.**

Angebote auf die ganze Befügung oder einzelne Grundstücke nehme gegen Befügung einer Sicherheit von 10% des Angebots entgegen.

Am **Mittwoch, den 8. Dezember 1926**, von 9 $\frac{1}{2}$  bis 12 Uhr bin ich im **„Weißen Roß“** in **Nebra** zu sprechen.

**Poppe,**

Rechtsbeistand, **Wiese, Bezirk Halle.**

Für die anlässlich unserer silbernen Hochzeit erhaltenen Gratulationen und Geschenke sagen wir Allen nochmals

**herzlichen Dank.**

**Karl Franke und Frau.**

Nebra, 30. November 1926.

Für die uns anlässlich unserer silbernen Hochzeit erwiesenen Aufmerksamkeit **danken wir herzlich.**

Nebra. **Gustav Bernsheim und Frau.**



**Hochfeiner Fleischsalat, hochfeiner Heringsalat,**  
1/2 Pfund 35 Pfg., 1/2 Pfund 25 Pfg. wenig  
empfehlen **Ww. Metz**

**Treffler**  
Hausfrauenstich



Diese Wäschestoffe in den gangbarsten Qualitäten, auch in Weihnachtspackungen — 10 Meter — zu den niedrigsten Preisen empfiehlt

**Friedrich Krey**  
Inh. Emil Krey,  
Nebra (Anstrent).

**Gasthof und Café „Zur Burg“.**

Einladung,  
Sonntag, den 5. Dezember,  
nachmittags 2 Uhr



**Großer Preisstich.**

Mit  
**Kaffeekränzchen.**

Es laden herzlichst ein  
**Otto Möder und Frau.**

**Weihnachtsbäume**  
in großer Auswahl empfiehlt  
**Hermann Köllig.**

**1 Schrotmühle**  
für 3 PS-Motor an aufwärts  
für 60 Mt. zu verkaufen, sowie  
ein kl. Schiebewagen,  
für Kinder billigst.  
**Osk. Preuß, Nebra.**

Schöne  
**Weihnachts-  
bäume**  
hat abzugeben  
**Franz Koch, Fürstengasse.**

**Spieltarten**  
empfehlen  
**Wihl. Sauer, Roßleben**

**Geldäfts-Eröffnung!**

Einen geehrten Kundtum von Nebra u. Umgegend mache ich die ergebene Mitteilung, daß ich im Hause des **Heren Kreyßmar, Breitestraße 15, am Montag, den 6. Dezember 1926,** ein

**Lebensmittel-Geschäft**

eröffnen werde.

Ich werde bemüht sein, nur Waren bester Qualitäten zu führen und in jeder Weise meine wertere Kundtschaft recht und zuvorkommend zu bedienen. Um freundliche Unterstützung meines Unternehmens bittend zeichne

Godachtungsvoll

**Otto Herrmann**



**SINGER**  
MIT MOTOR u. MÄHLICHT  
Das nützlichste  
Weihnachts-Geschenk

SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT  
Halle, Leipzigerstr. 23.

Vertretung in Querfurt: **H. Teichmann, Klippe II.**  
Erleichterte Zahlungsbedingungen.

**Zum Weihnachtsfest**

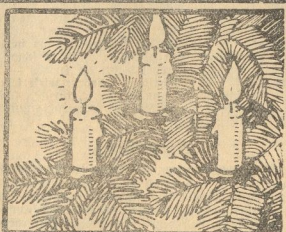
empfehlen

**fertige Damengarderobe**

Elegante Ball- und Gesellschaftskleider,  
- bis zum einfachsten Hauskleid -  
Auch Backfisch-, Mädchen- u. Kinderkleider  
Blusen in größter Auswahl  
Damen- und Kinder-Mäntel  
Knaben-Anzüge - Hosen aller Größen,  
Oberhemden - Kragen - Kravatten  
Strümpfe - Unterkleidung etc. etc.

Neueste Modeschöpfung Beste Verarbeitung  
Niedrigste Preise

**Fr. Grob, Reinsdorferstraße**



**Das BUCH als Festgabe.**

Große Auswahl in: **Klassikern, Romanen** beliebtester Schriftsteller, **Jugendbüchern,**  
**wissenschaftlichen Werken, Musikalien** am Lager.

Für Sonderwünsche bietet der reichhaltige  
literarische Weihnachtskatalog beste Ratidiläge.

Größere Werke werden auch gegen bequeme  
Ratenzahlungen ohne Preisaufschlag abgegeben.

**Wilhelm Sauer, Buchhandlung, Roßleben.**

# Nebröer Anzeiger

Mittliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend  
von den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Verkaufsstellen 0,85 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Nohleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Kaufmännische Buchdruckerei, Nohleben.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weich, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Nohleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 1 Pf.,  
die 90 mm breite Millimeterzeile im Restdruck 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr 97

Sonnabend, den 4. Dezember 1926.

39. Jahrgang.

## Krupp in Nöten.

Einen Reichscredit von 20 Millionen Mark hatte die Firma Krupp beantragt, um ihr verdrängtes Geschäftsbild Eisen in Betrieb halten zu können, um nicht gezwungen zu werden, die dort beschäftigten rund 20 000 Arbeiter teilweise oder ganz zu entlassen, also das Werk stillzulegen. Das Ersuchen der Firma ist aber bei der Reichsregierung nicht auf Gegenseite geflossen, sondern man hat es aus grundsätzlichen Erwägungen heraus abgelehnt, den gewünschten Credit herzugeben. Die Stadt Essen soll einbringen, um durch Zuschüsse die Weiterführung des Betriebes zu ermöglichen.

Die Firma Krupp — sie bedeutet ein großes, genaues Kapitel in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. Es langte wie Kanonengedrill in diesen Namen, in Namen des „Kanonenkönigs“, des Verwalters der Bergwerke und der riesenhaften Geschäfte. Und doch beschäftigte Krupp vor dem Kriege nur den zwanzigsten Teil seines Nischenbetriebes mit der Herstellung von Kriegsmaterial, obwohl er nicht etwa nur an Deutschland lieferte. War doch der alte Alfred Krupp vor allem bekanntgeworden durch die Herstellung seines riesigen 3000 Kilogramm schweren Geschützrohres auf der Partiser Waffenfabrik. Die Nachkriegszeit sollte nun dieser Firma, deren Ruhm über die ganze Welt hin gedungen war, viele Widernisse auf sie vor allem fügen sich die Kontrollkommissionen und liegen ihren Fortschritten hemmungslos die Hände schiefen. Immer und immer wieder kamen neue Kommissionen mit neuen Forderungen. Auf rund 100 Millionen Goldmark besaß die Firma die Verluste, die sie dadurch erlitten hat. Der Mißbrauch der Franzosen legte das Werk in ein halbes Jahr ganz still und noch im vergangenen Jahr erfolgten weitere Forderungen auf einhundert Millionen. War doch Krupp die einzige Firma in Europa, die inländische war, trotzdem stieß für Industriezweige in allerersten Rang die Firma, nur die einzige Firma in Frankreich vermochte hierin zu konkurrieren.

Dabei hat sich die Firma Krupp gründlich auf Friedensproduktion umgestellt, sah sie sich doch bedroht von tausend Seiten. In der Firma Krupp wollte die Grenze mehr zusammenrücken als sonst eine, wenn auch große deutsche Fabrik oder einen gefährlichen Wettbewerber. Ein Zeichen früherer deutscher Macht galt es zu zeigen — und das gelang schließlich auch. Während des Krieges beschäftigte das Geschäftsbild, also der Kern der Firma, nicht weniger als 130 000 Arbeiter; jetzt sind es kaum noch 20 000. Einen großen Teil des Betriebes von Nohleben, Sülzweiden, Partisen und Maschinenfabrik, die stille, jahe Arbeit dem Hauptwerk angegliedert hatte oder die ganz neu aufgebaut wurden, hat man abstoßen müssen, weil sie mit keinen Verträgen angeschlossen. Seit man früher mit angänglicher Sorgfalt darüber gewacht, daß die Aktien der Firma bis auf einen ganz verschwindenden Teil im Besitz der Familie Krupp blieben, so hat man schon längst nach Ausgabe neuer Aktien die Unterführung der Werte und der Banken suchen müssen. Die Kapitalzusammenlegung der Aufstellung der Goldbilanz ergab, daß von den 150 Millionen der Kriegszinsen in den Jahren nach dem Zusammenbruch rund zwei Drittel durch die Inflation aufgezehrt wurden, daß der ganze Betrieb ungeheuer an Wert verlor, weil das Geld wertlos, im modernen ungeschickten. Daher besaß die Firma aber außerdem durch die Kosten des gewaltigen sozialpolitischen Aufstiegswertes, das sie seit vielen Jahrzehnten auf- und ausbaute; sie besaß allein die Pensionssummen, die sie an ihre früheren Arbeiter und Angehörigen zahlte, auf 10 Millionen. Um ihres Namens willen ist sie nicht in den Aktienmarkt eingetreten, ein Entschluß, der aber wohl jetzt an der Gärte der Überstände scheitern wird, ein übrigens auch verständlicher Entschluß, weil bei einem Abgeben in den Markt große Teile der Erzeugung im Interesse weitestgehender Betriebszusammenlegung aufgegeben werden müßten. Und das wollte man nicht.

Soffen wir, daß die Firma doch noch einen Weg findet, nicht bloß den Betrieb, sondern auch den Namen Krupp dem heutigen Wirtschaftsbild zu erhalten.

## Die deutsche Delegation für die Reichstagswahl.

Schiffscherrin bei Stresemann.

Die deutsche Delegation für die Generalkonferenz wird am Freitag mit Dr. Stresemann an der Spitze Berlin verlassen. Der Delegation gehören unter dem Reichsaussenminister an: Staatssekretär von Schubert, Ministerdirektor Gaus, Legationsrat von Wilkom, Geschäftsrat Dr. Baier und als Vertreter der Reichspressestelle Legationsrat Dr. von Zumborst. Die Delegation wird im folgenden D-Tag, an den zwei Sonderwahlen angehängt werden.

Zu Ehren des in Berlin anwesenden Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Schiffscherrin, hat bei Dr. Stresemann ein Festmahl stattgefunden, an dem auch Reichsminister Dr. Marx teilgenommen hat. Vorausgegangen ist eine längere Unterhaltung zwischen dem Reichsaussenminister und dem russischen Volkskommissar, in der die zwischen Deutschland und Rußland stehenden Fragen behandelt worden sind. In Paris fand eine Vorbesprechung zwischen Briand und Chamber-

lain statt, die der kommenden Ratstagung galt. Auch der polnische Außenminister Galeski wird in Paris zu einer Vorbesprechung erwartet. Die Meldungen der Pariser Blätter über den Umfang des bereits erreichten Einverständnisses zwischen Chamberlain und Briand widersprechen einander. Es hat den Anschein, daß jetzt in Paris oder gar erst in Genf die gemeinsame Formel gefunden werden soll für die Verhandlungen mit Deutschland.

## Die Revision der Rheinlandordnungen.

Die Vorarbeiten über die von der Rheinlandkommission angelegte Revision der Rheinlandordnungen sind nunmehr beendet. In den nächsten Tagen werden die offiziellen Verhandlungen zwischen dem Reichsaussenminister und der Rheinlandkommission beginnen.

In unterrichteten deutschen Kreisen ist man der Ansicht, daß der von der Rheinlandkommission aufgestellte erste Entwurf den berechtigten Erwartungen Deutschlands keineswegs Rechnung trägt. Zu dem neuen Entwurf sind alle die Bestimmungen der Rheinlandkommission enthalten, deren Befestigung oder Wahrung im Interesse der Verbesserung des belagerten schiffbaren Gebietes denkwürdig ist. Inwieweit dieses Ziel, wobei nur äußerlich eine Zusammenziehung der bisherigen mehr als 300 Ordnungen in ungefähr 80 erfolgt ist. Es muß betont werden, daß nach dem neuen Entwurf sich die Rheinlandkommission auch weiterhin das Ausmaß der Revision, das Recht der Befestigung der Preise und Vereinstrecht, das Befestigungsrecht für die im besetzten Gebiet wohnenden deutschen Beamten sowie die Gerichtsbarkeit der alliierten Militärgerichte vorbehält.

Man wird deutschseits bei den bevorstehenden Verhandlungen sehr deutlich bestehen müssen, daß auch die Rheinlandkommission sich der von den alliierten Regierungen verfolgten Bestrebungen, zu einer durch die Clappen Socarno und Thoiry eingeleiteten Verständigung zu gelangen, nicht schuldig sein soll, und daß man vor allem im Interesse der Wiederherstellung des schiffbaren Gebietes die Ausbesserung dieses Verständigungsabkommens bei der Neuordnung der Rheinlandordnungen fordern muß.

## Eine polnische Protestnote.

Nachspiel zu den oberösterreichischen Wahlen. Der polnische Gesandte in Berlin hat eine Note überreicht, die einen Protest der polnischen Regierung gegen die Erklärung enthält, die am 28. November dieses Jahres der Angelegenheit der letzten Gemeindegewahlen auf dem Gebiet der polnischen Wohnbevölkerung im Namen der Regierungsparteien in Deutschen Reichstag von Abgeordneten Gemütern abgegeben worden ist. Die Note stellt fest, daß diese Erklärung von Seiten der genannten Parteien eine Kritik der Wahlen enthält, die den polnischen Behörden gegenüber Bürgern der polnischen Wohnbevölkerung. Weiterhin stellt die Note fest, daß diese Erklärung sich mit dem Verhältnis der polnischen Regierung zu den deutschen Minderheiten in Polen befaßt und daß sie eine Abwendung enthält, worin die genannten Parteien gegenüber den Wählern, die für die deutsche Seite gestimmt haben, ihren Dank aussprechen. Die Note weist darauf hin, daß diese Abwendung in Unwesenheit der Vertreter der polnischen Regierung stattgefunden hat. Sie betrachtet sie als ein Eingeständnis, was den internationalen Verpflichtungen zuzurechnen ist, was den öffentlichen Meinung beider Länder unerwünschte Wirkungen hervorgerufen muß, die geeignet sind, den gegenseitigen Beziehungen Abbruch zu tun.

Der Protest der polnischen Regierung ist, so wird von deutscher Seite erklärt, insofern nicht ganz verständlich, als es sich um eine Erklärung politischer Parteien handelt, auf deren Form und Inhalt die Regierung keinen Einfluß hat. Den Parteien als solchen wird man nach der materiellen Seite das Recht nicht bestreiten können, zu dem Ergebnis einer Wahl in einem ehemals deutschen Gebietsteil Stellung zu nehmen, das die Verbundenheit dieses Gebietes mit der deutschen Kulturgemeinschaft zum Ausdruck bringt, und in diesem Sinne die Sicherung der Erhaltung dieser Gemeinschaft zu fordern.

Die letzten Betriebsratswahlen im oberösterreichischen Bergbauerevier hatten bereits einen starken Rückgang der polnischen Stimmen gebracht. Bei den vorhinigen Tagen abgehaltenen Betriebsratswahlen auf der Bohlenzeller-Grube verlor die polnische Berufsvereinigung nicht weniger als vier Mandate, die künftig der Deutsche Bergarbeiterverband gewann. Die Mandate verließen sich jetzt wie folgt: Deutscher Bergarbeiterverband 1 Sitz, polnische Berufsvereinigung 4 Sitze (gegenüber 3 Sitzen), Christliche Gewerkschaften 2 Sitze.

## Die Rückgabe des deutschen Eigentums.

Besprechungen in Weissen Hause. „Associated Press“ meldet aus Washington: In einer Konferenz im Weissen Hause empfing Senator Borah dem Präsidenten Coolidge die 10-jährige Rückgabe des deutschen Eigentums. Nach seinem Besuch im

Weissen Hause erklärte Borah: Wenn das fremde Eigentum nicht ohne Einschränkung zurückgegeben wird, so wird die Regierung der Vereinigten Staaten das Odium auf sich nehmen müssen, für eine Teilnahme an Konfiskationen und den Grundhaft, auf dem eine Regierung beruht, zu bestehen.

Einer Zusammenkunft aus Washington zufolge stellte bei einem Besuch im Weissen Hause der Sprecher des Vizepräsidenten, Langworth, eine schnelle Entscheidung der Vorlage über die Rückgabe des beschlagnahmten deutschen Eigentums in Amerika in Aussicht. Nach seinen Äußerungen liegt es der Möglichkeit vorliegen, daß die Frage Weissen Hause bereits erledigt ist.

## Besprechung Königin Marias mit Carol.

Regierungsumbildung in Rumänien. Vor ihrer Abreise von Paris nach Bukarest hatte die Königin von Rumänien eine Besprechung mit dem Prinzen Carol. Diese Zusammenkunft soll nach einem Bericht, das der „New York Herald“ wiedergibt, auf Verlangen König Ferdinand erfolgt sein, der sowohl an die Königin als auch an den Prinzen Carol ein Schreiben geschrieben habe. Der „New York Herald“ spricht in einer Meldung aus Bukarest von einer wachsenden Bewegung zugunsten einer Übertragung der Regentschaft an Prinz Carol und die Königin Maria. Ein Plan sei in dieser Hinsicht nicht ausgemacht, auf die Wählung der von König Ferdinand ausgesprochenen Kandidaten.

Die Abreise der Königin Maria von Paris verzögerte sich übrigens um etwa 15 Minuten, da die Königin kurz vor der Abfahrt des Zuges das Schreiben einer Vereinstariff eines Hofbesuches bemerkte. Die Abreise wurde jedoch bald niedergekommen.

Paris berichtet aus Bukarest, man glaube, daß die Bildung einer Konzentrationregierung unmittelbar bevorstehe. General Berescu werde die Ministerpräsidenten beibehalten. Briand werde nicht in das Kabinett eintreten, jedoch einige seiner politischen Freunde.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

Aussprache über die Reichswehr. Aufsehen dem Reichsanwalt Marx, dem Außenminister Dr. Stresemann und dem Reichswehrminister Dr. Gieseler sowie den Führern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist eingehend über die Reichswehr und die Reichsmarine geäußert worden. Die Abgeordneten trugen, entsprechend dem vom Reichswehrminister selber ausgesprochenen Wunsch, eine große Reihe von Einzelheiten vor, deren Nachprüfung der Reichswehrminister sofort in Aussicht genommen hat. In den nächsten Tagen neue Besprechungen mit dem Reichswehrminister erfolgen werden.

Der Abstimmungsstempel in Hessen. Am kommenden Sonntag findet in Hessen die Abstimmung über die Auflösung des Hessischen Landtags statt. Da die hessischen Bestimmungen vorsehen, daß für den Ausbruch der Wahl die fünfjährige Frist entscheidend ist, tritt nicht, wie bei der bisherigen Abstimmung auf, eine Einigung auf, sondern die Abstimmung, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl.

Die Abstimmung, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl.

Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl.

Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl. Die Reichstagswahl, in dieser Woche die Tageszeitung der Reichstagswahl.